

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 97 (2022)
Heft: 5

Artikel: Die Taliban, ihr "islamisches Emirat" und der "IS-Khorasan"
Autor: Goertz, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1006040>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Taliban, ihr «Islamisches Emirat» und der «IS-Khorasan»

Nach der zweiten Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August letzten Jahres wurde es in der westlichen Politik und in den westlichen Medien – aktuell noch dramatisch verstärkt durch den Krieg in der Ukraine – still in Bezug auf Afghanistan.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck

Die Taliban – der Name Taliban ist der Plural des arabischen Wortes Talib, das Schüler oder Suchender bedeutet – entwickelten sich 1994 aus den «Mujahedin».

Diese selbsternannten «Gotteskrieger» kämpften von 1979 bis 1989 gegen die Besatzung Afghanistans durch die Sowjetarmee. Im Jahr 1989 zogen die sowjetischen Truppen besiegt aus Afghanistan ab und aus dem Machtvakuum entwickelte sich ein Bürgerkrieg, in dem 1996 die Taliban die Kontrolle über Afghanistan übernahmen. Innerhalb weniger Wochen sammelte Mullah Omar im Jahr 1994 15 000 Kämpfer, ehemalige Mujahedin, um sich. Die meisten dieser Kämpfer hatten noch die Waffen, die sie von den USA im Stellvertreterkrieg gegen die Sowjettruppen erhalten hatten.

Nur zwei Monate nach ihrer Gründung eroberten die Taliban die strategisch wichtige Stadt Kandahar. Die Taliban wurden als Miliz von Pakistan unterstützt, eilten 1994 von Sieg zu Sieg und wurden von vielen Afghanien nach Jahren des Bürgerkrieges als «Befreier» begrüßt, weil sie die Korruption bekämpften und – streng islamisches – Recht sprachen. Im Jahr 1996 eroberten die Taliban Kabul und riefen das «Islamische Emirat Afghanistan» aus, im September 2021 taten sie dies ein zweites Mal.

Obwohl die afghanische Bevölkerung durch die Folgen des Krieges gegen die Sowjettruppen und den jahrelangen Bürgerkrieg nach dem Abzug der Sowjettruppen in der dramatischen humanitären Krise war, verwiesen die Taliban 1996 alle

internationalen Hilfsorganisationen (NGO) des Landes.

Während der ersten Taliban-Herrschaft bis zum Herbst 2001 – bis die Taliban nach den islamistischen Anschlägen am 11. September 2001 durch eine westliche Koalition gestürzt wurden – waren Musik, Sport, Fotos und Fernseher in Afghanistan nach einer sehr rigiden Auslegung des islamischen Rechts, der Scharia, verboten, die meisten Schulen und Universitäten geschlossen.

Wer sich nicht fünfmal täglich zum Gebet in einer Moschee einfand, sah sich Prügelstrafen ausgesetzt. Auf der Analyseebene der Menschenrechte wurden die Frauenrechte von den Taliban am stärksten beschränkt. Frauen durften sich nur komplett verschleiert – meistens in einer

Burka – und in männlicher Begleitung aus dem Haus bewegen.

Vom öffentlichen Leben waren sie nahezu komplett ausgeschlossen. Mädchen durften nur zur Grundschule gehen und keine höhere Bildung anstreben.

Immer wieder gab es Berichte über öffentliche Steinigungen angeblicher Ehebrecherinnen. Versäumte Gebete, Nagellack oder zu kurze Bärte wurden mit körperlicher Gewalt und Misshandlung bestraft. Im März 1997 wurde eine Frau von den Taliban gesteinigt, weil sie mit einem Mann aus Afghanistan fliehen wollte, der nicht mit ihr verwandt war.

Amputationen einer Hand oder eines Fusses oder beider Gliedmasse waren unter den Taliban gängige und sehr häufig angewandte Strafen.

Der Krieg gegen den Westen

Innerhalb von zehn Tagen brach im August 2021 zusammen, was die westliche Koalition in 20 Jahren aufgebaut hatte, der neue afghanische Staat nach der Taliban-Herrschaft vor dem 11. September 2001.

Die afghanischen Soldaten der Afghan National Army und die afghanischen Polizisten der Afghan National Police wa-



Im Jahr 1996 eroberten die Taliban Kabul und riefen das «Islamische Emirat Afghanistan» aus, im September 2021 taten sie dies ein zweites Mal.



Bild:VOA

Die neuen Herrscher in Afghanistan signalisieren mit dieser Regierung, dass sie sich im Augenblick als unabhängig vom Wohlwollen der internationalen westlichen Staatengemeinschaft sehen.

ren den Taliban zahlenmäßig und was die Ausrüstung betrifft haushoch überlegen. Trotzdem ergaben sie sich im August 2021 in zahlreichen Fällen kampflos den Taliban.

Wer die Vergangenheit nicht kennt

Wer die Gegenwart nicht versteht, kann die Zukunft nicht gestalten. Deshalb muss die gescheiterte westliche Nation-building-Mission in Afghanistan unbedingt intensiv und umfassend analysiert werden: Von der Politik, von den Sicherheitsbehörden und von der Wissenschaft, damit sich ein solches Scheitern, verbunden mit zahlreichen Toten und menschlichem Leid, nicht wiederholt.

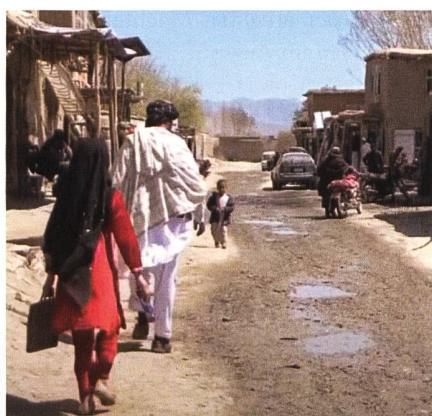


Bild:ARTE

Seit der Rückkehr der Taliban hat sich der Alltag vor allem für Afghaninnen verändert.

Der Einsatz von NATO-Truppen (US-Truppen und zahlreiche andere westliche Truppen, auch der Bundeswehr, teilweise als zweitgrößtes militärisches Kontingent nach dem der USA) dauerte länger als der Vietnamkrieg.

Was Ende 2001 und Anfang 2002 nach einem schnellen, kompletten militärischen Sieg aussah, wurde zum längsten militärischen Auslandseinsatz in der Geschichte der USA und der NATO und endete in einem Desaster.

Angaben über genaue Zahlen getöteter Soldaten und Polizisten der westlichen Koalition sind schwer zu recherchieren, aber eine Auswertung verschiedener Quellen kommt zur Zahl von über 3800 getöteten westlichen Koalitionssoldaten und Polizisten.

59 deutsche Soldaten der Bundeswehr starben in Afghanistan. Nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung haben die United Nations von 2009 bis Juni 2021 39 000 Getötete in der afghanischen Zivilbevölkerung sowie über 73 500 Verletzte gezählt.

Das «Steinzeit-Kalifat», die Schreckensherrschaft der Taliban, fand erst nach dem 11. September ein Ende, als US-Truppen und andere westliche Truppen in Afghanistan intervenierten.

Doch trotz des schnellen Sturzes der Taliban-Regierung wurden die Taliban nie vollständig besiegt. Sie zogen sich ins un-

wirtliche Bergland zurück und nutzten – wie bereits gegen die Sowjettruppen – ihren Vorteil der Ortskundigkeit, um die westlichen Streitkräfte in einen «small war» zu verwickeln (insurgency, guerilla warfare).

Obwohl die Taliban dabei hohe Verluste hinnehmen mussten, hatten sie nie Rekrutierungsprobleme. Die US-Militärhistorikerin Elise Meszaros bezeichnete die Taliban als die «womöglich Innovativsten».

«Islamisches Emirat Afghanistan»

Viele Afghanen und v.a. Afghaninnen befürchteten nach Bekanntgabe des Abzuges der NATO-Truppen ab Mai 2021 für die Zukunft eine Regierungsbeteiligung der islamistischen Taliban, die in den 1990er-Jahren in Gesamt-Afghanistan ein menschenverachtendes islamistisches Regime errichtet hatten.

Diese Befürchtung erwies sich ab Mitte Juli 2021 als berechtigt. Die Taliban hatten bis zu ihrer erneuten Machtübernahme im Sommer 2021 betont, dass sie ein «islamisches System» als politisches Ziel hätten, «frei von ausländischer Einmischung». Waheed Mozhdah, afghanischer Politikwissenschaftler und Kenner des Terrorismus in Afghanistan, durch ein islamistisches Attentat getötet, sagte kurz vor seinem Tod: «Der Krieg in Afghanistan wird sich abschwächen, aber der Konflikt und das Blutvergiessen werden nicht verschwinden.»

Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Staatszerfall und Organisierter Kriminalität sowie Islamismus und islamistischem Terrorismus (Al Qaida und IS) in Afghanistan ist evident, sodass Afghanistan in der Zukunft das werden könnte, was es bis zum 11.9.2001 war und was die NATO mit ihrer Invasion in Afghanistan immer verhindern wollte: Rückzugs- und Ruheraum sowie Rekrutierungsraum für islamistische Terroristen, ein Ort, an dem islamistische Anschläge gegen den Westen finanziert und geplant werden.

Afghanistan ist bereits jetzt ein «failing state» und könnte zukünftig schnell ein «failed state» werden.

Islamisches Emirat

Anfang September 2021 haben die Taliban das «Islamische Emirat Afghanistan» ausgerufen. →

Bild: ARTE



Wer sich nicht fünfmal täglich zum Gebet in einer Moschee einfand, sah sich Prügelstrafen ausgesetzt. Im Bild: Ein Scharia-Gericht.

Die wenige Tage alte Regierung wurde in der westlichen Welt medial als «Taliban-riege der Hardliner» bezeichnet. Verschiedene Minister dieser Regierung stehen auf internationalen Terroristen: Der Verteidigungsminister beispielsweise ist der Sohn von Taliban-Gründer Mullah Omar.

Die neuen Herrscher in Afghanistan signalisieren mit dieser Regierung, dass sie sich im Augenblick als unabhängig vom Wohlwollen der internationalen westlichen Staatengemeinschaft sehen.

Kurz vor der Verkündigung dieser Regierung für Afghanistan hatten deutsche und internationale Politiker und Medien von Verhandlungen mit «moderaten Taliban» gesprochen.

Bereits Ende 2021 machte die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch in einem Bericht deutlich, dass seit der Rückkehr der Taliban mehr als 100 Mitglieder der ehemaligen Sicherheitskräfte getötet wurden oder verschwunden sind. Human Rights Watch schrieb von blutigen Vergeltungsmassnahmen und berichtete von systematischen Verbrechen.

In einigen Fällen hätten lokale Taliban-Kommandeure etwa Listen mit Menschen zusammengestellt, die aufgegriffen oder getötet werden sollten, wie gemustert wird.

Seit der Rückkehr der Taliban hat sich der Alltag vor allem für Afghaninnen verändert. Mädchen wird der Gang in die Oberstufe in der Regel ab zwölf Jahren – von der siebten bis zur zwölften Klasse – weiterhin verwehrt.

Die Taliban sprachen von «technischen Problemen» – es würden Schuluniformen fehlen – und einer baldigen Öffnung. Doch die meisten Afghanen sahen darin nur eine Hinhaltetaktik der Taliban.



Viele der Taliban-Kämpfer selbst hungern und haben seit Monaten keinen Lohn erhalten.

Die Distanz zwischen den rhetorisch moderneren «Medien-Taliban» in Kabul, die in den letzten Monaten auch von zahlreichen internationalen Medien hofiert wurden, und der alten Führungsgarde im südlichen Kandahar, dem Machtzentrum der Bewegung, wurde deutlich.

Während Afghanistan weiterhin hungrig und von internationalen Geldern abhängig ist, sind die Taliban, so scheint es, von ihrer misogyinen Politik nahezu besessen. Kurz nach der Aufrechterhaltung des Schulverbots wurde angeordnet, dass öffentliche Parks nur noch geschlechtergetrennt besucht werden dürfen.

Vier Tage in der Woche stehen Männern zu, drei den Frauen. Familienausflüge in öffentliche Parks sind daher nicht mehr möglich. Einer weiteren Anordnung der Taliban zufolge dürfen Frauen ohne einen «mahram», eine männlichen Begleitung aus dem familiären Umfeld, nicht in ein Flugzeug steigen. Dies gilt scheinbar auch für Afghaninnen mit einer weiteren Staatsbürgerschaft.

Zahlreichen NGOs, die in Afghanistan weiterhin präsent sind, fällt die Arbeit aufgrund der Intervention der Taliban immer schwerer.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres sprach bei einer Geberkonferenz für Afghanistan am 31. März 2022 davon, dass 95 Prozent der Afghaninnen und Afghanen nicht genug zu essen hätten: «Eine Million schwer unterernährte Kinder sind am Rande des Todes.» 2,4 Milliarden US-Dollar wurden bei der Konferenz von 41 Ländern zugesagt, die direkt an die Hilfsorganisationen im Land fließen sollen. Aber die neuen Machthaber wollen den Geldfluss kontrollieren und zunehmend selbst darüber entscheiden, wer Hilfsmitt

tel erhält. Hinzu kommt – und auch das fällt auf den Strassen Kabuls auf – dass viele der Kämpfer selbst hungrig und seit Monaten keinen Lohn erhalten haben.

Moderates Regime?

Bei ihrer Machtübernahme im August 2021 versprachen die Taliban ein moderateres Regieren in Afghanistan. Im April 2021 liess der Oberste Gerichtshof in Afghanistan sieben Männer auspeitschen, denen der Verkauf und Konsum von Alkohol sowie Autodiebstahl vorgeworfen worden war. Die sieben Angeklagten hätten ihre Vergehen gestanden und seien zu jeweils 35 Peitschenhieben verurteilt worden, teilte der Oberste Gerichtshof Mitte April 2022 mit.

Fünf der Angeklagten wurden zusätzlich zu sechs Monaten Haft verurteilt. Nach Angaben des Gerichtssprechers Abdul Basir Maschal war es das erste Gerichtsurteil dieser Art seit der Machtübernahme der Taliban im August des Jahres 2021. Laut Berichten in den Sozialen Medien, die bisher nicht bestätigt sind, fanden seit der erneuten Machtübernahme der Taliban im August 2021 jedoch Auspeitschungen ohne entsprechenden Gerichtsbeschluss statt.

Die Taliban und der «IS-Khorasan»

Mitte April wurden in Nordafghanistan innerhalb von zwei Tagen zwei Anschläge auf Moscheen verübt. Zum ersten Anschlag bekannte sich der afghanische Ableger der dschihadistischen Organisation «Islamischer Staat», der IS-Khorasan (IS-K).

Beim zweiten Anschlag wurden mindestens 33 Menschen getötet und 43 verletzt, beim ersten Anschlag gegen eine schiitische Moschee wurden mindestens



Innerhalb von zehn Tagen brach im August 2021 zusammen, was die westliche Koalition in 20 Jahren aufgebaut hatte

zwölf Menschen getötet und 40 verletzt. Ein weiterer Anschlag wurde in Kabul im überwiegend von Schiiten bewohnten Viertel Dascht-i-Barchi verübt, dabei wurden nach Angaben der Polizei zwei Kinder verletzt.

Ein vierter Anschlag innerhalb weniger Tage wurde in der nördlichen Provinz Kundus verübt: Ein am Strassenrand versteckter Sprengsatz traf ein Fahrzeug, das im Auftrag der herrschenden Taliban Arbeiter transportierte, elf Insassen seien verletzt worden.

Seit ihrer Machtübernahme im August 2021 hatten die Taliban den IS in Afghanistan, im November 2021 mit grösse-

ren Operationen in der Provinz Nangarhar begonnen. Danach war der IS in Afghanistan längere Zeit relativ inaktiv.

«Seit dem Abzug der NATO-Truppen forderte der IS-Khorasan die Taliban immer stärker heraus», erklärt Amir Rana, Direktor des Pakistanischen Institutes für Friedensforschung. Zulauf bekomme der IS-Khorasan vor allem von jungen Männern.

Der IS-K finanziere sich zu einem Teil durch den Drogenhandel. Dem IS-K gelinge es, an zurückgelassene Waffen der NATO-Alliierten zu gelangen – das sehe man bei den Anschlägen, die sie verübt, erklärt Rana: «Ihr Ziel ist die Destabilisie-

zung des Taliban-Regimes. Sie wollen ihr eigenes System in Afghanistan durchsetzen. Die Taliban stehen international unter Druck, auch der interne Druck auf sie wächst. Wenn IS-K für mehr Chaos in Afghanistan sorgt – so die Rechnung der Terrorgruppe – schafft das Platz für sie.»

Es sehe so aus, als ob der IS in Afghanistan eine starke Basis etablieren wolle, um von dort aus den Einfluss auf weite Teile Südasiens auszudehnen, führt Rana aus.

Die Taliban versuchten derzeit zu verhindern, dass der IS seine gesamte Infrastruktur in die Region verlagere: Sie hätten gedacht, dass die die Kraft hätten, IS-K zu kontrollieren – doch die Gruppierung wenige nun die gleichen Taktiken und Strategien an, die die Taliban gegen die frühere afghanische Regierung eingesetzt hätten.

Fazit

Die humanitäre Lage in Afghanistan ist dramatisch. Millionen Menschen hungern, die Menschenrechte der Afghaninnen sind stark eingeschränkt. Nach Wochen ohne terroristische Anschläge des IS-Khorasan in Afghanistan gab es vor wenigen Tagen erneut verheerende Anschläge, von denen auch Kinder betroffen waren.

Der IS-Khorasan stellt keine existentielle Bedrohung für das System der Taliban dar, unter seinen Anschlägen leidet aber die Zivilbevölkerung, vor allem die schiitische Minderheit. Die humanitäre Lage und die Zukunft Afghanistans sind düster.



Nach Wochen ohne terroristische Anschläge des IS-Khorasan in Afghanistan gab es vor wenigen Tagen erneut verheerende Anschläge, von denen auch Kinder betroffen waren.



Es sieht so aus, als ob der IS in Afghanistan eine starke Basis etablieren wolle, um von dort aus den Einfluss auf weite Teile Südasiens auszudehnen.

Bilder: VOA